



Amtsblatt der Stadt Landshut

62. Jahrgang Nr. 4

Montag, 18. Februar 2019

Einzelpreis 1,75 €

INHALTSVERZEICHNIS: Vollzug des BauGB; Vereinfachte Aufstellung gem. § 13 BauGB des Bebauungsplanes Nr. 08-24 „Eichendorffstraße zwischen Am Ziegelfeld und Mörikeweg“ vom 25.01.2019 hier: Ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses gem. § 2 Abs. 1 BauGB und ortsübliche Bekanntmachung der Auslegung gem. § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 BauGB i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB; Vollzug des BauGB; Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 05-69 „Moniberg – Straße Am Vogelherd“ vom 25.01.2019 hier: Ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses gem. § 2 Abs. 1 BauGB und ortsübliche Bekanntmachung der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB; Planfeststellung mit integrierter Umweltverträglichkeitsprüfung nach §§ 17 ff. FStrG i. V. m. Art. 72 ff BayVwVfG sowie des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) für das Vorhaben A92, München – Deggendorf; Öffentliche Bekanntmachung der Baugenehmigung Bpl.Nr. B-2018-248; Öffentliche Bekanntmachung des Vorbescheids Bpl.Nr. V-2018-31; Aufgebot einer verlorenen gegangenen Sparurkunde;

Vollzug des BauGB:
Vereinfachte Aufstellung gem. § 13 BauGB des Bebauungsplanes Nr. 08-24 „Eichendorffstraße zwischen Am Ziegelfeld und Mörikeweg“ vom 25.01.2019
hier: Ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses gem. § 2 Abs. 1 BauGB und ortsübliche Bekanntmachung der Auslegung gem. § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 BauGB i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB



Der Bausenat der Stadt Landshut hat beschlossen, für das im abgedruckten Plan dargestellte Gebiet einen Bebauungsplan im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB aufzustellen. Der Bebauungsplan erhält die

Nr. 08-24

und die Bezeichnung

„Eichendorffstraße zwischen Am Ziegelfeld und Mörikeweg“.

Dies wird hiermit gem. § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt gemacht. Gleichzeitig wurde der Entwurf dieses Bebauungsplanes gebilligt.

Die Stadt Landshut legt gemäß § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 BauGB i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB den Bebauungsplan Nr. 08-24 „Eichendorffstraße zwischen Am Ziegelfeld und Mörikeweg“ in der Zeit vom

26.02.2019 bis einschl. 29.03.2019

aus.

Zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 08-24 „Eichendorffstraße zwischen Am Ziegelfeld und Mörikeweg“ vom 25.01.2019 mit textlichen Festsetzungen auf dem Plan gehört die Begründung.

Es wird gemäß § 13 Abs. 3 Satz 2 BauGB darauf hingewiesen, dass von einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB abgesehen wird.

Die Auslegung erfolgt beim Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung, Luitpoldstraße 29, 4. Stock, 84034 Landshut, zu folgenden Dienststunden: Montag mit Donnerstag von 8.00 bis 12.00 Uhr und von 14.00 bis 16.00 Uhr, Freitag von 8.00 bis 12.00 Uhr. Abweichend hiervon können gesonderte Terminvereinbarungen unter Tel. 0871 / 88-1347 getroffen werden. Zusätzlich können die Unterlagen im oben genannten Zeitraum unter folgender Internetadresse eingesehen werden:

<http://www.landshut.de/bauleitplaene>

Jedermann kann den Bauleitplan einsehen und über dessen Inhalt Auskunft verlangen.

Stellungnahmen können während der Auslegungsfrist vorgebracht werden. Nicht fristgerecht eingegangene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben.

STADT LANDSHUT
- Baureferat -
Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung

Vollzug des BauGB:

Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 05-69 „Moniberg – Straße Am Vogelherd“ vom 25.01.2019
hier: Ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses gem. § 2 Abs. 1 BauGB und ortsübliche
Bekanntmachung der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB



Der Bausenat der Stadt Landshut hat beschlossen, für das im abgedruckten Plan dargestellte Gebiet einen Bebauungsplan aufzustellen. Der Bebauungsplan erhält die

Nr. 05-69

und die Bezeichnung

„Moniberg – Straße Am Vogelherd“.

Dies wird hiermit gem. § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt gemacht. Gleichzeitig wurde dem Vorentwurf des Bebauungsplanes im Grundsatz zugestimmt.

Für diesen Bebauungsplan, in den der Grünordnungsplan eingearbeitet ist, wird die Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB durchgeführt. Die Darlegungsunterlagen können in der Zeit vom

26.02.2019 bis einschl. 29.03.2019

beim Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung, Luitpoldstraße 29, 4. Stock, 84034 Landshut, zu folgenden Dienststunden eingesehen werden: Montag mit Donnerstag von 8.00 bis 12.00 Uhr und von 14.00 bis 16.00 Uhr, Freitag von 8.00 bis 12.00 Uhr. Abweichend hiervon können gesonderte Terminvereinbarungen unter Tel. 0871 / 88-1347 getroffen werden. Zusätzlich können die Unterlagen im oben genannten Zeitraum unter folgender Internetadresse eingesehen werden:

<http://www.landshut.de/bauleitplaene>

Während dieser Frist besteht allgemein Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung.

Des Weiteren liegt der Vorentwurf des Umweltberichtes gem. § 2 Abs. 4 und § 2a BauGB im gleichen Zeitraum mit aus. In diesem Vorentwurf wird die Planung beschrieben und die Ziele des Umweltschutzes, die für den Bauleitplan von Bedeutung sind, werden dargelegt. Eine Bestandsaufnahme der einschlägigen Aspekte des derzeitigen Umweltzustands sowie eine Beschreibung der Umweltauswirkungen der Planung und eine Prognose über die Entwicklung des Umweltzustands sind ebenfalls Inhalt dieses Vorentwurfes. Darüber hinaus werden die Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich der nachteiligen Auswirkungen festgelegt.

Stellungnahmen können während der genannten Frist vorgebracht werden. Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung über den Bauleitplan unberücksichtigt bleiben.

STADT LANDSHUT
- Baureferat -
Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung

Bekanntmachung

Planfeststellung mit integrierter Umweltverträglichkeitsprüfung nach §§ 17 ff. FStrG i. V. m. Art. 72 ff. BayVwVfG sowie des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) für das Vorhaben

A 92, München - Deggendorf;

Grundhafte Erneuerung der Autobahn zwischen den Anschlussstellen Moosburg-Nord und Landshut-West, Abschnitt 320 Station 2,159 bis Station 8,300, im Gebiet der Stadt Landshut sowie der Gemeinden Bruckberg und Eching, Landkreis Landshut

Die Planfeststellung wurde beantragt von der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Autobahndirektion Südbayern

Die für das Vorhaben dauernd beanspruchten Grundstücksflächen sind bereits im Eigentum der Bundesrepublik Deutschland. Für die Herstellung einer Baustelleneinrichtungsfläche ist im Bereich der Anschlussstelle Landshut-West (Gemarkung Münchnerau) eine vorübergehende Grundinanspruchnahme erforderlich.

Kompensationsmaßnahmen erfolgen im Bereich des ehemaligen Standortübungsplatzes Landshut auf Grundstücksflächen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA).

Der Plan vom 30.11.2018 - bestehend aus Zeichnungen und Erläuterungen - liegt zur allgemeinen Einsicht aus

bei (Anschrift mit Zimmernummer)

Baureferat - Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung, Luitpoldstraße 29, 4. Stock, Zimmer 405, 84034 Landshut

in der Zeit (vom – bis)

26.02.2019 bis 29.03.2019

während der Dienststunden (von – bis)

Mo - Do 8.00 Uhr - 12.00 Uhr und

von 14.00 Uhr - 16.00 Uhr;

Freitag von 8.00 Uhr - 12.00 Uhr

Zudem werden die Planunterlagen im Internet unter www.regierung.niederbayern.bayern.de unter den Rubriken „Planung und Bau“, „Planfeststellung, Straßenrecht, Baurecht“, „Planfeststellung Straßen und Bahnen“, „Neue Planfeststellungsverfahren“ veröffentlicht; maßgeblich ist jedoch der Inhalt der zur Einsicht ausgelegten Unterlagen (Art. 27a BayVwVfG).

1. Jeder, dessen Belange durch das Vorhaben berührt werden, kann Einwendungen gegen den Plan bis spätestens einen Monat nach Ablauf der Auslegungsfrist, das ist bis zum

Datum

29.04.2019

schriftlich oder zur Niederschrift

bei (Anschrift mit Zimmernummer)

Baureferat - Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung, Luitpoldstraße 29, 4. Stock, Zimmer 405, 84034 Landshut

oder bei der Regierung von Niederbayern, Regierungsplatz 540, 84028 Landshut, Hauptgebäude Zi.Nr. 211, erheben.

Einwendungen können auch elektronisch, aber nur mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nach dem Signaturgesetz versehen, unter der Adresse poststelle@reg-nb.bayern.de erhoben werden. Einwendungen mit „einfacher“ E-Mail ohne qualifizierte elektronische Signatur nach dem Signaturgesetz sind unwirksam.

Die Einwendung muss den geltend gemachten Belang und das Maß seiner Beeinträchtigung erkennen lassen. Nach Ablauf der Einwendungsfrist sind Einwendungen gegen den Plan ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen (Art. 73 Abs. 4 Satz 3 BayVwVfG). Einwendungen und Stellungnahmen der Vereinigungen, die aufgrund einer Anerkennung nach anderen Rechtsvorschriften befugt sind, Rechtsbehelfe nach der Verwaltungsgerichtsordnung gegen die Entscheidung nach Art. 74 BayVwVfG einzulegen, sind nach

Ablauf dieser Frist ebenfalls ausgeschlossen (Art. 73 Abs. 4 Sätze 5 und 6 BayVwVfG). Der Einwendungsausschluss beschränkt sich nur auf das Verwaltungsverfahren über die Zulässigkeit des Vorhabens.

In Einwendungen, die von mehr als 50 Personen auf Unterschriftslisten unterzeichnet oder in Form vervielfältigter gleich lautender Texte eingereicht werden, ist ein Unterzeichner mit Namen, Beruf und Anschrift als Vertreter der übrigen Unterzeichner für das Verfahren zu bezeichnen, soweit er nicht von ihnen als Bevollmächtigter bestellt ist. Diese Angaben müssen deutlich sichtbar auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite enthalten sein, andernfalls können diese Einwendungen unberücksichtigt bleiben.

2. Diese ortsübliche Bekanntmachung dient auch der Benachrichtigung der Vereinigungen nach Art. 73 Abs. 4 Satz 5 BayVwVfG von der Auslegung des Plans.
3. Die Anhörungsbehörde kann auf eine Erörterung der rechtzeitig erhobenen Stellungnahmen und Einwendungen verzichten (§ 17a Nr. 1 Satz 1 FStrG). Findet ein Erörterungstermin statt, wird er vorher ortsüblich bekannt gemacht werden. Ferner werden diejenigen, die rechtzeitig Einwendungen erhoben haben bzw. bei gleichförmigen Einwendungen wird der Vertreter von dem Termin gesondert benachrichtigt. Sind mehr als 50 Benachrichtigungen vorzunehmen, so können sie durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden. Die Vertretung durch einen Bevollmächtigten ist möglich. Die Bevollmächtigung ist durch eine schriftliche Vollmacht nachzuweisen, die zu den Akten der Anhörungsbehörde zu geben ist. Bei Ausbleiben eines Beteiligten in dem Erörterungstermin kann auch ohne ihn verhandelt werden. Das Anhörungsverfahren ist mit Abschluss des Erörterungstermins beendet. Der Erörterungstermin ist nicht öffentlich (Art. 73 Abs. 6 Satz 6 i.V.m. Art. 68 Abs. 1 BayVwVfG).
4. Durch Einsichtnahme in die Planunterlagen, Erhebung von Einwendungen und Stellungnahmen, Teilnahme am Erörterungstermin oder Vertreterbestellung entstehende Aufwendungen werden nicht erstattet.
5. Entschädigungsansprüche, soweit über sie nicht in der Planfeststellung zumindest dem Grunde nach zu entscheiden ist, werden nicht in dem Erörterungstermin, sondern in einem gesonderten Entschädigungsverfahren behandelt.
6. Über die Einwendungen und Stellungnahmen wird nach Abschluss des Anhörungsverfahrens durch die Planfeststellungsbehörde entschieden. Die Zustellung der Entscheidung (Planfeststellungsbeschluss) an die Einwender und diejenigen die eine Stellungnahme abgegeben haben, kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden, wenn mehr als 50 Zustellungen vorzunehmen sind.
7. Vom Beginn der Auslegung des Planes treten die Anbaubeschränkungen nach § 9 FStrG und die Veränderungssperre nach § 9a FStrG in Kraft. Darüber hinaus steht ab diesem Zeitpunkt dem Träger der Straßenbaulast ein Vorkaufsrecht an den vom Plan betroffenen Flächen zu (§ 9a Abs. 6 FStrG).
8. Da das Vorhaben UVP-pflichtig ist, wird darauf hingewiesen,
 - dass die für das Verfahren und für die Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens zuständige Behörde im Sinne des UVPG die Regierung von Niederbayern ist,
 - dass über die Zulässigkeit des Vorhabens durch Planfeststellungsbeschluss entschieden werden wird,
 - dass die Anhörung zu den ausgelegten Planunterlagen auch die Einbeziehung der Öffentlichkeit zu den Umweltauswirkungen des Vorhabens ist und
 - dass die ausgelegten Planunterlagen die notwendigen Angaben enthalten. Das sind insbesondere:

Unterlage	Blatt	Bezeichnung	Maßstab
Teil A – Vorhabenbeschreibung			
1		Erläuterungsbericht	
	Anlage 1	Umweltverträglichkeitsprüfung	

Unterlage	Blatt	Bezeichnung	Maßstab
Teil B – Planteil			
2	1	Übersichtskarte	1 : 100 000
3	1	Übersichtslageplan	1 : 25 000
4	1	Übersichtshöhenplan	1 : 25 000 / 2 500
5	1 - 3	Lagepläne	1 : 2 000
6	1 - 6	Höhenpläne	1 : 2 000 / 200
7	1	Lageplan zur schalltechnischen Berechnung	1 : 5 000
8	1 - 4	Lagepläne der Entwässerungsmaßnahmen	1 : 2 000
9		Landschaftspflegerische Maßnahmen	
9.1	1	Maßnahmenübersichtsplan	1 : 5 000
9.2	0	Legende Maßnahmenplan	
	1 - 6	Maßnahmenpläne	1 : 1 000
9.3		Maßnahmenblätter	
9.4		Tabellarische Gegenüberstellung von Eingriff und Kompensation	
10.1		Grunderwerbsplan	1 : 2 000
10.2		Grunderwerbsverzeichnis	
11		Regelungsverzeichnis	
Teil C – Untersuchungen, weitere Pläne, Skizzen			
14		Straßenquerschnitt	
14.1		Ermittlung der Belastungsklasse	
14.2	1 - 2	Regelquerschnitte	1 : 50
17		Immissionstechnische Untersuchungen	
	Anlage 1	Ergebnislisten der Einzelpunktberechnung	
	Anlage 2	Berechnungsunterlagen zu den Luftschadstoffen	
18		Wassertechnische Untersuchungen	
19		Umweltfachliche Untersuchungen	
19.1.1		Landschaftspflegerischer Begleitplan - Textteil	
19.1.2	0	Legende Bestands- und Konfliktplan	
	1 - 6	Bestands- und Konfliktpläne	1 : 1 000
19.1.3		Spezielle artenschutzrechtliche Prüfung	

Unterlage	Blatt	Bezeichnung	Maßstab
19.2		FFH-Vorprüfung FFH-Gebiet 7438-372 Klötzlmühlbach	
	Anlage	Übersichtskarte	1 : 25 000
19.3		FFH-Vorprüfung FFH-Gebiet 7537-301 „Isarauen von Unterföhring bis Landshut“	
	Anlage	Übersichtskarte	1 : 25 000
19.4		SPA-Vorprüfung EU-Vogelschutzgebiet 7537-401 „Naturschutzgebiet Vogelfreistätte Mittlere Isarstauseen“	
	Anlage	Übersichtskarte	1 : 25 000

Unterschrift



STADT LANDSHUT
- Baureferat -
Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung

Öffentliche Bekanntmachung der Baugenehmigung
Bpl.Nr. B-2018-248

Mit Bescheid vom 01.02.2019 wurde dem Antragsteller, der Klinikum Landshut gGmbH, die Baugenehmigung "Ersatzneubau für die Pflegebereiche am Klinikum Landshut, 1. Bauabschnitt" auf dem Grundstück Fl.Nr. 2126/1, 2131, 2130, Gem. Landshut, Robert-Koch-Straße 1, unter Nebenbestimmungen und einer aufschiebenden Bedingung erteilt.

Nachdem mehr als 20 benachbarte Grundstückseigentümer im gleichen Interesse beteiligt sind, wird die Zustellung der Genehmigung durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt. Der Genehmigungsbescheid mit Plänen kann beim Bauaufsichtsamt der Stadt Landshut innerhalb der allgemeinen Dienststunden (Montag, Dienstag und Donnerstag von 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr, Mittwoch von 14.00 Uhr bis 16.00 Uhr) im Amtsgebäude, Luitpoldstraße 29, eingesehen werden.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage erhoben werden bei dem

Bayerischen Verwaltungsgericht in Regensburg
Haidplatz 1, 93047 Regensburg

schriftlich, zur Niederschrift oder elektronisch in einer für den Schriftformersatz zugelassenen Form(*). Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Stadt Landshut) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

- (*) Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen! Nähere Informationen zur elektronischen Einlegung von Rechtsbehelfen entnehmen Sie bitte der Internetpräsenz der Bayerischen Verwaltungsgerichtsbarkeit (www.vgh.bayern.de).
- Kraft Bundesrechts wird in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten infolge der Klageerhebung eine Verfahrensgebühr fällig.

STADT LANDSHUT
Baureferat
- Bauaufsichtsamt -

Öffentliche Bekanntmachung des Vorbescheids
Bpl.Nr. V-2018-31

Mit Bescheid vom 06.02.2019 wurde dem Antragsteller, der Ev. Luth. Kirchengemeinde Christuskirche Landshut, ein Vorbescheid zum "Neubau Gemeindesaal " auf dem Grundstück Fl.Nr. 1410/2, Gem. Landshut, Klötzlmüllerstraße 2, unter Nebenbestimmungen erteilt. Gegenstand des Vorbescheids war die Frage, ob eine Abweichung von der Stellplatzsatzung in Aussicht gestellt werden kann, nachdem die erforderlichen Stellplätze nicht auf dem Baugrundstück nachgewiesen werden können. Es wurde eine Abweichung von der Stellplatzsatzung dahingehend in Aussicht gestellt, dass 10 Stellplätze abgelöst werden können.

Nachdem mehr als 20 benachbarte Grundstückseigentümer im gleichen Interesse beteiligt sind, wird die Zustellung der Genehmigung durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt. Der Genehmigungsbescheid mit Plänen kann beim Bauaufsichtsamt der Stadt Landshut innerhalb der allgemeinen Dienststunden (Montag, Dienstag und Donnerstag von 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr, Mittwoch von 14.00 Uhr bis 16.00 Uhr) im Amtsgebäude, Luitpoldstraße 29, eingesehen werden.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage erhoben werden bei dem

Bayerischen Verwaltungsgericht in Regensburg
Haidplatz 1, 93047 Regensburg

schriftlich, zur Niederschrift oder elektronisch in einer für den Schriftformersatz zugelassenen Form(*). Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Stadt Landshut) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

- (*) Die Einlegung eines Rechtsbehelfs per E-Mail ist nicht zugelassen und entfaltet keine rechtlichen Wirkungen! Nähere Informationen zur elektronischen Einlegung von Rechtsbehelfen entnehmen Sie bitte der Internetpräsenz der Bayerischen Verwaltungsgerichtsbarkeit (www.vgh.bayern.de).
- Kraft Bundesrechts wird in Prozessverfahren vor den Verwaltungsgerichten infolge der Klageerhebung eine Verfahrensgebühr fällig.

STADT LANDSHUT
Baureferat
- Bauaufsichtsamt -

Aufgebot

einer verloren gegangenen

Sparurkunde

Die Sparurkunde

Sparkassenbuch KontoNr. 3418203159
ist in Verlust geraten.

Antragsteller

Marianne Paintner

Der Vorstand der Sparkasse Landshut erlässt gemäß Artikel 35 AGBGB zum Zwecke der Kraftloserklärung das Aufgebot.

Der Inhaber dieser Sparurkunde wird hiermit aufgefordert, seine Rechte unter Vorlage der Urkunde bis spätestens

02.05.2019

bei der Sparkasse Landshut anzumelden. Werden bis zum vorgenannten Termin keine Rechte geltend gemacht, so erfolgt anschließend die Kraftloserklärung der Sparurkunde.

Landshut, den 31.01.2019

Sparkasse Landshut

Bruckner

Geisler
